

Zukunft und soziale Gerechtigkeit: Das Kurzwahlprogramm der Grünen Jugend Saar zur Landtagswahl 27.03.2022

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: Tagesordnung

Satzungstext

1 **Inhaltsverzeichnis:**

2 **Präambel**

3 **Soziale Gerechtigkeit / Wirtschaft**

4 **Selbstbestimmung**

5 **Gendergerechtigkeit**

6 **Bildung**

7 **Corona und Gesundheit**

8 **Verkehr**

9 **Digitalisierung**

10

11

12

13

14

15 **Präambel**

16 Der anhaltende Stillstand der "Großen Koalition" lähmt das Bundesland bis ins
17 Jahr 2022. Damit muss jetzt Schluss sein: Jetzt ist die Zeit, um für eine
18 gerechtere Welt zu kämpfen. Mit diesen Forderungen wollen wir die Weichen für
19 eine offenere und solidarischere Gesellschaft setzen, die eine deutliche
20 junggrüne Handschrift trägt. Mit progressiven Ideen und Tatkraft möchten wir die
21 Chance zum gemeinsamen Aufbruch nutzen. Das heißt: Schluss mit Untätigkeit und
22 Verantwortungslosigkeit. Die Landtagswahl 2022 muss der Beginn der
23 Transformation unseres Landes sein. Wir fordern Zukunftsaussichten und gerechte,
24 soziale Teilhabe an der Gesellschaft. Wir möchten ein Saarland, das eine starke

25 und nachhaltige wirtschaftliche Grundlage hat. Eine Mobilität ohne Auto,
26 stattdessen für Menschen, einen öffentlichen Raum, indem alle leben und bleiben
27 möchten und eine sozial gerechte Teilhabe aller Gesellschaftsgruppen. Das
28 Saarland wird immer weiter abgehängt. Laut Schätzungen sollen im Jahr 2060
29 300.000 Menschen weniger im Saarland leben als heute. Gerade die Attraktivität
30 des Saarlandes für junge Menschen ist gering. Dorfgemeinschaften schwinden,
31 während sich Angebote in wenige Städte verlagern. Mehr Menschen ziehen weg,
32 während immer weniger junge Menschen ihre Chancen im Saarland sehen. Wir wollen
33 Chancen nutzen - und das Saarland als lebenswerten Ort auch in Zukunft erhalten.
34 Wir haben Lust auf Zukunft!

35 Soziale Gerechtigkeit!

36 Ohne Zweifel müssen wir den Klimawandel und seine Folgen dringend bekämpfen. Das
37 Bundesverfassungsgericht hat mit seinem historischen Urteil deutlich gemacht,
38 dass das Klimaschutzgesetz der Bundesregierung unzureichend ist. Wenn wir die
39 Treibhausemissionen bis zum Jahr 2030 reduzieren wollen, müssen wir jetzt
40 handeln. Klar ist: Konsequenter Klimaschutz ist ein Garant für Freiheit. Nur mit
41 der Einhaltung des Pariser Klimaabkommens kann die drohende Klimakatastrophe
42 abgewendet werden. Wir haben bis zum 1,5°C Klima-Kipppunkt noch sieben Jahre und
43 sechs Monate. Wenn wir diese Marke erreicht haben, ist das irreparabel. Es wird
44 eine Kettenreaktion ausgelöst und wir haben versagt. Bisher messen wir eine
45 Erwärmung der Städte um 1,2°C.

46 Deutschland ist historisch für 5% der CO2 Emissionen verantwortlich, der
47 Strommix im Saarland ist bundesweit unterdurchschnittlich schlecht mit gerade
48 einmal 20% erneuerbaren Energien.

49 Anpacken möchten wir die Defizite in Sachen Klimaschutz mit einem "Saar-
50 Klimaschutzgesetz".

51 Wir fordern ein saarländisches Klimaschutzgesetz, dass die Strategie der
52 folgenden Landesregierungen im Klimaschutz mit verbindlichen Reduktionszielen
53 festsetzt. Wir brauchen verbindliche gesetzliche Normen statt lasche
54 Versprechen.

55 Ziel muss es sein, bis mindestens 2035 Netto-Null Treibhausgasemissionen zu
56 erreichen. 100% Erneuerbare Energien bei Strom und Wärme bis 2035 sind das Ziel
57 zur Erreichung von Paris.

58 Dazu gehört die Klimaanpassung der Kommunen mithilfe grüner Innenstädte und
59 Märkte bis 2028 landesweit. Wir fordern mehr Grünanlagen im öffentliche Raum.
60 Insbesondere die Begrünung von Bushaltestellen und Gebäuden der Kommunen sollen
61 ausgebaut werden. Dabei sind Fassaden/- und Dachbegrünungen, sowie autofreie
62 Stadtkerne zur Steigerung der Aufenthaltsqualität obligatorisch. So sind
63 verbindliche Ziele für mehr Begrünung in Kommunen festzusetzen. Eine Pflicht zum
64 Bau von Photovoltaikanlagen soll überprüft werden, um unabhängige Stromleistung
65 während Flautezeiten im Energienetz besser bereitstellen zu können.

66 Wir wollen die Rate der Flächenversiegelung bis zum Jahr 2030 halbieren. So kann
67 auch ein neues Flächenversiegelungsprinzip zur Versiegelung der einen Fläche und
68 die damit einhergehende Verpflichtung zur Entsiegelung anderer Flächen

69 ermöglichen. Mit 5,8% Bodenversiegelung liegt das Saarland über dem
70 Durchschnitt.

71 5% des saarländischen Waldes soll aus der Nutzung genommen werden, damit die
72 Resistenz und Resilienz der Wälder gestärkt werden. Der Klimawandel hat ihnen in
73 den vergangenen Jahren zu schaffen gemacht und der monokulturelle Bewuchs von
74 Flachwurzlern ist Ursache der Erodierung des Bodens und dem Versickern von
75 Giftstoffen ins Grundwasser. Eine Förderung der Biodiversität in Forstbeständen
76 im Hinblick auf die steigende Belastung durch den fortschreitenden Klimawandel
77 halten wir für unabdingbar.

78 Dazu sehen wir einen Klimarat vor, bestehend aus Bürger:innen und
79 Wissenschaftler:innen, der die Landesregierung bei Entscheidungen bezüglich des
80 Klimaschutzes beraten soll.

81 Im Bereich Energie sind die Ziele der Landesregierung, bis 2030 nur 40% des
82 Energiemix mit Hilfe erneuerbarer Energien zu versorgen, viel zu unambitioniert:
83 Nichts anderes als die Systemsicherheit unserer Energieversorgung steht zur
84 Debatte. Wir setzen uns deshalb für Speichersysteme zur Sicherstellung
85 gesicherter Leistung im Netz ein. So sehen Expert:innengremien der deutschen
86 Energieagentur oder des Energieherstellers Greenpeace Energy Windgas, Power2Gas
87 und andere Speicherformen als systemrelevant und unerlässlich an. Kostenvorteile
88 in Höhe von 1,4-18 Milliarden Euro entstehen bei über 70-85% Anteil erneuerbarer
89 Energien am Strommix. So kann eine Versorgungssicherheit von morgen an aufgebaut
90 werden statt die Energiewende immer weiter zu verzögern.

91 Der Verlust von über 40.000 Arbeitsplätzen steht bevor: Bis 2060 könnten bis zu
92 300.000 Menschen weniger im Saarland leben. So stellt sich das Problem der
93 Transformation von verloren gegangenen Arbeitsplätzen. Wenn keine Zukunftsangebote
94 aus der Politik an die Menschen gegeben werden, wird das ein massives Wegziehen
95 auslösen. Den Verlust von Arbeitsplätzen möchten wir durch bezahlte
96 Weiterbildungsangebote abfedern. Menschen müssen darauf bauen können, dass
97 Umschulungen die dahinterstehenden Familien weiter finanziell unterstützt werden
98 - beispielsweise durch Überbrückungshilfen. Es ist unwürdig von Menschen zu
99 verlangen über 2 Jahre kein angemessenes, wertiges Gehalt anzunehmen, um eine
100 zukunftsichere Umschulung machen zu können. Die fehlenden Anreize sorgen für
101 ein Verkümmern von Arbeitsplätzen in der Industrie. Die Transformation zur
102 sozial-ökologischen Marktwirtschaft kann nur sozial gerecht gelingen.
103 Andernfalls ist eine Transformation unserer Energie, unserer Kommunen und des
104 Verkehrs nicht möglich.

105 Uns ist bewusst, dass soziale Gerechtigkeit Hand in Hand mit einer sozial-
106 ökologischen Wirtschaft gehen muss. Der bevorstehende Wandel bedeutet im
107 Saarland mehr Chancen als Risiken. Dieser Wandel bedeutet zwar auf der einen
108 Seite ein Rückgang mancher Jobs, wie beispielsweise in der Automobilindustrie,
109 aber auf der anderen Seite entstehen laut dem Informationsdienst des Instituts
110 der deutschen Wirtschaft (iwd) fast 500.000 neue Jobs in der
111 Wasserstoffwirtschaft, und somit auch entsprechend viele im Saarland. Für uns es
112 ist absolut notwendig, dass wir gemeinsam mit der lokalen Wirtschaft im Saarland
113 diesen Wandel mit Weitblick gestalten. Ein erster Schritt wäre beispielsweise
114 die Etablierung eines Auffang-Fonds, der Menschen, die in Jobs arbeiten, die
115 durch den wirtschaftlichen Wandel gefährdet sind, finanziell absichert. Zudem
116 müssen die Weiterbildungen und Umschulungen finanziert werden, die notwendig

117 sind, um diese Menschen wieder zurück in das Berufsleben zu integrieren. Eine
118 weitere Chance, die das Saarland hat, ist seine Größe. Da das Saarland im
119 Vergleich zu anderen Bundesländern relativ klein ist, bietet es sich perfekt an
120 für ein modernes, soziales und ökologisches Wirtschaften. Das Saarland bietet
121 gute Grundlagen, um beispielsweise Kreislaufwirtschaft, nachhaltige
122 Energieerzeugung und nachhaltige Produktion zu etablieren. Es ist uns auch
123 bewusst, dass sowohl öffentliche als auch private Gelder für diese
124 Transformation bereitgestellt werden müssen. Es mangelt weder an Technologien
125 noch an Ideen und Konzepten, um sowohl Wohlstand als auch Klimaschutz zu
126 maximieren. Der politische Wille ist notwendig, um Veränderungen anzustoßen.

127 Wir wollen zudem Ausbildungsberufe stärken und attraktiver machen. Staatlich
128 anerkannte Ausbildungen sollen in Zukunft die Auszubildenden nichts mehr kosten
129 und ggf. vom Land übernommen werden, um dem Fachkräftemangel entgegen zu
130 steuern.

131 Wir fordern wir zu Beginn einer Legislaturperiode soll eine Bestandsaufnahme, in
132 der alle notwendigen Investitionen in Infrastruktur, sozialer Wandel,
133 ökologischer Wandel, etc. aufgelistet und transparent gemacht werden, eine
134 Bündelung von privaten und öffentlichen Geldern zur Förderung und Transformation
135 von ansässigen Unternehmen erstellen, um diese für die Zukunft aufzustellen und
136 die Prüfung von steuerlichen Vorteilen für Unternehmen, die nachweislich
137 klimaneutral, beziehungsweise sozial ökologisch handeln. Weiter wollen wir mehr
138 und vor allem unbürokratische Förderung von Gründer*innen - von der Idee bis zum
139 laufendem Unternehmen.

140 Darüber hinaus braucht es mehr, modernere und vor allem kostenfreie Karriere-
141 Beratungsangebote schon in der Schule. Dies ist sehr wichtig um Menschen schon
142 früh konkret dabei zu unterstützen ihre Ziele später im Leben zu erreichen.

143 Das Land soll, insbesondere für einkommensschwache Gruppen, beispielsweise durch
144 Bildungsgutscheine, gute Aufstiegschancen im Berufsleben ermöglichen. Es braucht
145 eine stärkere Kooperation zwischen Unternehmen und der Landesregierung um den
146 Wandel sicher und zielgerichtet voran zu treiben.

147 Transformation gestalten

148 Es ist uns wichtig, dass jede:r die Möglichkeit hat sein: ihr Leben
149 selbstbestimmt zu gestalten. Dies müssen wir gewährleisten, indem wir
150 finanzielle Hürden abbauen, die Herkunft weniger, am besten gar keine Rolle mehr
151 spielt, und wir schon früh in der Schule den Bürger:innen auch alternative Wege
152 aufzeigen und sie entsprechend beraten können.

153 Ein weiterer wichtiger Punkt für uns ist, dass die Unternehmen hier im Saarland
154 für die Zukunft angepasst sind. Um das zu bewerkstelligen, wollen wir
155 öffentliche und private Gelder nutzen, und gemeinsam mit den Unternehmen
156 verbindliche Strategien ausarbeiten, die mit dem 1,5° Ziel konform und sozial-
157 ökologisch sind. Außerdem möchten wir massiv Start-ups unterstützen, da diese
158 nicht nur den Wettbewerb erhöhen, sondern häufig ein Ort sind an dem moderne
159 Arbeitskonzepte, flache Hierarchien und vor allem auch technischer Fortschritt
160 entstehen. Insbesondere können wir die Stärken des Saarlandes an dieser Stelle
161 nutzen: Dank der Lage im Herzen Europas besteht eine gute Anbindung zu
162 Frankreich und Luxemburg, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit

163 vereinfacht. Gleichzeitig kann die vorhandene IT-Expertise im Saarland,
164 insbesondere die Saar-Uni, genutzt werden, um grüne Innovationen voranzutreiben.

165 Wir möchten die Infrastruktur im Saarland ausbauen und modernisieren. Dabei
166 möchten wir sowohl von staatlicher als auch privater Seite alle möglichen
167 Methoden nutzen. Dazu zählt auf der einen Seite beispielsweise der verstärkte
168 Ausbau von sicheren Radverkehrsnetzen, wie beispielsweise in den Niederlanden,
169 aber auch der Ausbau von Glasfasertechnologie und der verstärkten Nutzung von
170 Schienenverkehr. Dies und noch viel mehr ist nicht nur nachhaltiger, sondern
171 auch gesünder für die Menschen. Außerdem wird dieser Ausbau auch gut bezahlte
172 neue Jobs generieren und kann somit die Arbeitslosigkeit im Saarland reduzieren.

173 Im Saarland leben viele Kinder in Armut. Das betrifft mehr als jedes fünfte
174 Kind. Die Kinderarmut wurde hier im Saarland viel zu wenig beachtet. Wir wollen
175 einen Masterplan gegen Kinderarmut! Weiter sprechen für uns für eine
176 Ausbildungsgarantie aus, um langfristig Jugendarbeitslosigkeit gezielt
177 einzudämmen.

178 Außerdem setzen wir uns für ein elternunabhängiges BAföG ein und wollen
179 Startstipendien für Anfänger:innen einer Berufsausbildung.

180 Durch mehr Steuerfahnder:innen im Saarland, könnte man viel Geld, das
181 beispielsweise durch Steuerhinterziehung dem Land fehlt, zurückbekommen. Mit
182 diesen Mitteln könnten einige Projekte finanziert werden.

183 **Selbstbestimmung für junge Menschen**

184 Wir fordern mehr Raum für junge Menschen sowie mehr Mitsprache. Jugendliche
185 sollten in den Kommunalparlamenten mitbestimmen dürfen und ein Vetorecht in
186 Bezug auf Angelegenheiten haben, die sie selbst unmittelbar betreffen, also
187 Themen des öffentlichen Raums, der Jugend und der Kultur. Bei einem massiven
188 demografischen Wandel muss es eine Mitbestimmungsmöglichkeit geben, wenn
189 Gemeinden nicht weiter junge Menschen verlieren wollen. Machen wir das Saarland
190 durch moderne und innovative Politik zukunftsfähig!

191 Selbstbestimmung bedeutet auch den passenden Ausgleich von Sicherheit auf der
192 einen Seite und von Freiheit auf der anderen Seite zu finden. Kommunale
193 Ordnungsdienste dürfen nicht zur Ersatzpolizei gemacht werden: Die Vorschläge
194 zur Bewaffnung der Kommunalen Ordnungsdienste lehnen wir ab. Diese werden weder
195 den Bürger:innen, noch den Polizist:innen oder dem Ordnungsamt gerecht. Darüber
196 hinaus wollen wir den Gesetzgebungsaktionismus beenden: Die personelle und
197 finanzielle Ausstattung der Polizei ist wesentlich effektiver, als immer
198 schärfere Befugnisse. Dazu braucht es auch eine Neufassung des saarländischen
199 Polizeigesetzes und die Rücknahme der Polizeireform. Die Ursachen von Gewalt und
200 Kriminalität müssen besser erforscht werden, um präventiv dagegen vorzugehen.
201 Wir fordern, dass Sozialarbeit und Polizei besser koordiniert werden, um in
202 Brennpunkten die Ursachen anzugehen und nachhaltig Kriminalität zu bekämpfen.
203 Außerdem müssen die Sozialarbeit und andere Angebote im sozialen Bereich
204 gestärkt werden.

205 Vor allem engagierte Menschen werden immer häufiger Opfer von Hassrede, sog.
206 "Hatespeech" im Internet. Wir wollen eine zentrale Stelle gegen Hatespeech.
207 Außerdem braucht es Sensibilisierungen und Schulungen für Beamt:innen, um gegen

208 Rassismus in der Polizei vorzugehen. In diesem Kontext muss eine Studie über
209 Rassismus in der saarländischen Polizei durchgeführt werden. Das entspricht
210 keinem Generalverdacht gegenüber Beamten:innen, sondern stellt nur sicher, dass
211 die Sicherheitsbehörden mit dem staatlichen Gewaltmonopol keine
212 Sicherheitslücken im Rechtsstaat zulassen.

213 Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist ein Thema der inneren Sicherheit. Wir
214 wollen, dass die Rechte von Frauen und Mädchen gestärkt werden. Es braucht
215 dringend eine Strategie, um den Schutz von Frauen und Mädchen zu gewährleisten.
216 Die Polizei und Strafverfolgungsbehörden müssen auch für das Thema sexuelle
217 Gewalt sensibilisiert werden. Wir fordern Sicherheitskonzepte, die besonders von
218 sexueller Belästigung oder von Gewalt betroffenen Frauen im Blick zu haben und
219 die Expertise von Frauen-Hilfstrukturen mit einzubeziehen.

220 Schon vor der Pandemie fehlten im Saarland Plätze in Frauenhäusern
221 beziehungsweise wiesen diese überwiegend unzureichende Unterstützungsangebote
222 aus.

223 Mittlerweile hat sich diese Situation verschärft und häusliche Gewalt an Frauen,
224 Jugendlichen und Kindern nimmt immer weiter zu. Neun von zehn Psycholog:innen
225 stimmen zu, dass die Dunkelziffer von Fällen häuslicher Gewalt sehr hoch ist,
226 darauf weist eine Studie über „Psychische Gesundheit in der Krise“ der Pronova
227 BKK hin. In jedem 15. Haushalt sind Kinder von Gewalt betroffen, sie sind klare
228 Leidtragende der Pandemie. Um dem entgegenzuwirken, soll ein landesweiter
229 Rechtsanspruch auf Hilfe und Unterstützung bei geschlechtsspezifischer Gewalt
230 und häuslicher Gewalt an Kindern etabliert und die Kapazitäten sowie Betreuung
231 in Frauenhäusern ausgebaut werden. Dabei sollte die Beratungs- und
232 Aufklärungsarbeit nicht auf Hilfsorganisation abgelegt, sondern vielmehr
233 qualifizierte Psycholog:innen einbezogen werden. Ebenso gilt es das Angebot an
234 Schulen auszuweiten, um niedrigschwellige, nahe und unkomplizierte Beratung
235 sicherzustellen.

236 Da Jugendliche und junge Menschen gegenüber Gewalt oder Missbrauch besonderen
237 Schutz bedürfen und auf der anderen Seite Präventionsprogramme nutzen können,
238 die den Umgang mit dem eigenen Hang zu Gewalt beibringen, sollen Programme wie
239 „Kein Täter werden“ und ähnliche Angebote etabliert werden. Zudem muss die
240 Beratungsstruktur für Betroffene an Schulen durch gezielte Schulung der
241 Sozialarbeiter:innen und Psycholog:innen weiterhin ergänzt werden.

242 Selbstbestimmung heißt auch für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft
243 einzutreten und diese konkret voranzutreiben. Die Etablierung einer
244 saarländischen Antidiskriminierungsstelle ist nötig: Politisch motivierte
245 Straftaten sind im Jahr 2019 im Saarland um mehr als 19% (von 307 auf 366
246 Delikte) gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Darunter zählt auch die
247 „Hasskriminalität“, zu der homophobe, transphobe, biphobe, aber auch
248 rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Angriffe gezählt werden,
249 wobei die Dunkelziffer vermutlich viel höher liegt. Neben der Prävention dieser
250 Delikte muss für die Opfer solch motivierter Straftaten dringend mehr getan
251 werden. Bisher haben acht Bundesländer eigene Landesantidiskriminierungsstellen.
252 Das Saarland muss hier nachlegen und eine eigene Stelle auf Landesebene
253 einrichten.

254 Außerdem brauchen wir eine spezifischere Aufschlüsselung der jährlichen
255 polizeilichen Kriminalstatistik hinsichtlich queerfeindlicher Straftaten, um
256 Tendenzen zu erkennen und entsprechende Gegenmaßnahmen einzuleiten.

257 **Gendergerechtigkeit**

258 Wir möchten geschlechtergerechte und vorurteilsfreie Berufs- sowie
259 Zukunftsberatung an Schulen und Arbeitsämtern, um damit eine möglichst breite
260 Basis für die Entscheidungsfindung und Lebensgestaltung Jugendlicher und junger
261 Erwachsener zu schaffen. Die Beratung junger Menschen darf nicht von
262 Rollenbildern oder Stigmata beeinflusst werden. Dies ist eine Art dem Anspruch
263 auf Individualität gerecht zu werden.

264 Beratungsstrukturen im Saarland bezüglich Sexualität oder geschlechtlicher
265 Identität sind mehr als dürftig. Besonders queere Jugendliche wissen oftmals
266 nicht, an wen sie sich mit ihren Sorgen und Gedanken wenden können und finden
267 sich gefangen in einem Netz aus Stigmatisierung wieder. Oftmals besteht keine
268 Chance sich aus diesem System zu befreien oder bisher zuständige Anlaufstellen
269 sind nicht ausreichend spezialisiert. Deswegen ist zwingend die Einrichtung von
270 Beratungsstellen explizit für queere Jugendliche und junge Menschen nötig, um
271 besonderen Schutz, sowie Stabilität für diese vulnerablen Gruppen gewährleisten
272 zu können und sie auf ihrem Weg der Selbstfindung zu unterstützen. Besonderes
273 Augenmerk sollte dabei auf Anlaufstellen im ländlichen Raum gelegt werden. Die
274 persönliche Hemmschwelle solche Institutionen aufzusuchen oder an
275 Informationsprogrammen teilzunehmen sollte so gering wie möglich sein. Darüber
276 hinaus sind Jugendliche und junge Menschen oftmals an ihr Umfeld gebunden, was
277 ihre unabhängige Mobilität beeinträchtigen kann. Infolgedessen können
278 entferntere städtische Einrichtungen nur schwer selbstständig erreicht werden.
279 Dies darf kein Hindernis sein, die zustehende Beratung in Anspruch zu nehmen.

280 Laut dem statistischen Bundesamt sind 71% der Frauen, die einen
281 Schwangerschaftsabbruch durchführen lassen zwischen 18 und 34 Jahren alt,
282 weitere 17% sind unter 18 Jahren alt. Somit ist die Hauptgruppe, die von §218
283 StGB betroffen sind junge Menschen. Nachdem nun die Streichung des §219 StGB im
284 Koalitionsvertrag festgehalten wurde, soll sich das Saarland für die Streichung
285 des §218 StGB und damit die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen
286 auf Bundesebene einsetzen. Stattdessen erwarten wir die Regelung von
287 Abtreibungen außerhalb des Strafgesetzbuches. Junge Menschen dürfen nicht durch
288 Kriminalisierung in ihrer Entscheidungsfindung beeinträchtigt oder verängstigt
289 werden. Beratung darf nicht voreingenommen sein und kein Bild von
290 unzuverlässigen oder unverantwortlichen jungen Schwangeren: zeichnen.

291 Um eine zukunftsfähige Grundlage für die junge LGBTQIA+ Community zu schaffen,
292 muss in nächster Zukunft final der Landesaktionsplan „Vielfalt sexueller und
293 geschlechtlicher Identitäten akzeptieren - gegen Homo- und Trans:feindlichkeit“
294 zügig umgesetzt und stetig ergänzt werden. Zudem ist es sinnvoll ein System zu
295 entwickeln, mit dem die Wirksamkeit des Landesaktionsplans überprüft werden
296 kann.

297 Bildung

298 Junge Menschen sind in der Pandemie eine vergessene Zielgruppe. Die
299 Schüler:innen haben durch den – insbesondere zu Beginn der Pandemie – schlecht
300 organisierten Distanzunterricht ein erhebliches Bildungsdefizit erlitten, das
301 sozial benachteiligte Menschen härter trifft als andere. Studierende wurden in
302 der Krise nicht beachtet, obgleich sie einerseits das studentische kulturelle
303 Leben verpassen und andererseits hohen psychischen Belastungen ausgesetzt sind.
304 Zudem sind die finanziellen Auswirkungen immens, da die Studierendenjobs aus der
305 Gastronomie direkt zu Beginn weggefallen sind.

306 Um den Folgen der Pandemie entgegenzuwirken, möchten wir eine freiwillige
307 Ferienschule mit individuellen und modularen Unterrichtseinheiten konzipieren.
308 Ergänzend dazu braucht es ein breit angelegtes Nachhilfeprogramm.

309 Die onLeihe-Saar muss allen saarländischen Schüler:innen zugänglich gemacht
310 werden, um eigenständiges Aufholen von Lernlücken und den Zugang zu Literatur zu
311 fördern.

312 Die Pandemie hat offenbart, wie wenig die Beteiligten im Bildungswesen gehört
313 werden. Dieses Defizit dürfen wir in Zukunft nicht mehr hinnehmen. Wir wollen
314 die Schüler:innen, Lehrer:innen, Studierende und Eltern stärker mit einbeziehen.
315 Wir möchten deshalb die Mitbestimmungsmöglichkeiten stärken.

316 Mitbestimmungsmöglichkeiten müssen aber auch über den schulischen Alltag
317 gestärkt werden. Deshalb wollen wir die politische Bildung im Saarland stärken
318 und die Defizite der Vergangenheit beheben. Wir prangern an: Die demokratische
319 und politische Bildung im Saarland wurde sukzessiv abgebaut, obwohl laut § 1 des
320 Schuldordnungsgesetzes (SchoG) die Hauptaufgabe der Schulen im Saarland darin
321 besteht, die Schüler:innen "zur Übernahme der sozialen und politischen Aufgaben
322 von Bürgerinnen und Bürgern im freiheitlich-demokratischen und sozialen
323 Rechtsstaat und zur Mitwirkung an der Gestaltung der Gesellschaft im Sinne der
324 freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu befähigen und sie zu der
325 verpflichtenden Idee des friedlichen Zusammenlebens der Völker hinzuführen."
326 Demokratie gelebt wird und die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten
327 gezielter beworben, effektiver gestaltet und engagierter unterstützt werden,
328 sodass mehr Kinder und Jugendliche selbst demokratisch handeln können. Das
329 könnte beispielsweise durch die Einführung von Klassenräten (auch in der
330 Stundentafel) angeschoben werden. Wir als GRÜNE JUGEND Saar treten dafür ein,
331 die demokratische und politische Bildung im Saarland nachhaltig zu stärken und
332 stetig zu optimieren. Somit fordern wir die Wiedereinführung des Studiengangs
333 der Politikwissenschaften auf Lehramt, als Bachelor- und Masterstudiengang, die
334 Wiedereinführung des Politikunterrichts an Gymnasien ab Klassenstufe 8, die
335 Obligatorische Umsetzung von demokratiebildenden Inhalten im Fach
336 Gesellschaftswissenschaften an Gemeinschaftsschulen, Mehr feste Einstellungen
337 von Politiklehrer:innen und die Stärkung der demokratischen
338 Mitbestimmungsmöglichkeiten von Schüler:innen.

339 Zur Stärkung der politischen Beteiligung und Mitbestimmung von Jugendlichen im
340 Saarland fordern wir die Absenkung des Wahlalters für Kommunal- und
341 Landtagswahlen auf 16 Jahre. Zusätzlich möchten wir den flächendeckenden Aufbau
342 von Jugendräten in allen saarländischen Gemeinden im Rahmen des
343 Kommunalselbstverwaltungsgesetzes als Aufgabe der Kreisjugendpflege.

344 Außerdem treten wir dafür ein, dass sich alle Schüler:innen an ihren Schulen
345 wohlfühlen und bestmögliche psychische Unterstützung erhalten. Es braucht nicht
346 nur dringend eine bessere Versorgung im Bereich der Psychotherapie, sondern auch
347 ein Ausbau niedrigschwelliger Beratungen und unkomplizierter Hilfsangebote an
348 den saarländischen Schulen, ähnlich wie an Universitäten. Auf bestehende
349 Angebote muss besser aufmerksam gemacht werden. Auch für die Zukunft müssen
350 dringend präventive Konzepte entwickelt werden. Wir wollen einen Masterplan
351 gegen Mobbing und Cybermobbing, der Auswege aus der Mobbingsituation aufzeigen
352 soll. Die Ausarbeitung kann beispielsweise zusammen mit dem Weißen Ring
353 erfolgen.

354 Die Pandemie hat große Lernlücken hinterlassen. Wir begrüßen Angebote zur
355 Schließung der Lernlücken. Wir fordern dazu die gut ausgebildeten Lehrkräfte
356 zusätzlich zubeschäftigen, die sich aufgrund der schlechten
357 Personalisierungspolitik des Bildungsministeriums Jahr zu Jahr von befristeter
358 zu befristeter - meist nicht vollen Stelle - hangeln müssen. Die würden gerne
359 oft Vollzeit arbeiten, können es aber nicht. Darüber hinaus muss auch die
360 Datenlage zur Personalisierung offen gelegt werden. Wir wollen langfristig mehr
361 Lehrkräfte mit festen Stellen und mehr Verbeamtungen.

362 Wir treten zudem für eine gerechte Entlohnung der Lehrkräfte ein und fordern
363 eine Eingruppierung aller Lehrkräfte im Saarland in die Besoldungsstufe A13.
364 Saarländische Grundschullehrkräfte haben im Bundesvergleich mit dem geringsten
365 Jahreseinkommen. Dabei leisten sie einen wichtigen Teil in unserem
366 Bildungssystem und legen den Grundstein für die spätere Laufbahn der vielen
367 Kinder in unserem Bundesland. Grundschul- und einige
368 Gemeinschaftsschullehrkräfte sind dabei sicher nicht weniger wert als ihre
369 Kolleginnen und Kollegen an den Gymnasien oder an den Förderschulen. Andere
370 Bundesländer, wie u. a. Thüringen oder auch Schleswig-Holstein haben hier schon
371 nachgebessert. Gerade in der Coronakrise wurden den Lehrkräften viel zugemutet.
372 Mehr Wertschätzung und Dankbarkeit muss sich auch im Gehalt zeigen. Schluss mit
373 dem Sparkurs in der Bildung!

374 Des Weiteren soll die gymnasiale Oberstufe an mehr Gemeinschaftsschulen
375 etabliert werden. Somit besteht an mehr Standorten eine Wahlfreiheit zwischen G8
376 und G9 für die Eltern. Somit kann individuell entschieden werden.

377 Der Druck, der auf den Schüler:innen lastet wird an den Gemeinschaftsschulen
378 somit gesenkt, die Schüler:innen haben die Möglichkeit ihre Noten zu verbessern
379 und können sich Gedanken über ihren zukünftigen Weg machen. Diese Zeit bietet
380 sogar die Möglichkeit ein Auslandsjahr zu machen, bei der eben keine wertvolle
381 Zeit verloren geht und so können viele schon internationale Erfahrungen mit
382 Menschen und dem dortigen Bildungssystem mit sich nehmen.

383 Wir wollen die besten Voraussetzungen für die Kleinsten schaffen und fordern
384 eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Kitas, weitere
385 finanzielle Entlastungen der Eltern und ausreichend Kitaplätze im ganzen
386 Saarland.

387 Abseits dessen möchten wir den Sportunterricht an den saarländischen Schulen
388 reformieren: Ein neues Fach Gesundheit soll Aspekte über gesunde Ernährung
389 beinhalten. Der Leistungsdruck im Sportunterricht muss abgeschafft werden. Die
390 sportlichen Aktivitäten in der Schule sollen Spaß machen, auf die Gesundheit
391 ausgerichtet sein und somit die Schüler:innen auch über die Schule hinaus für

392 Sport begeistern, statt sie mit schlechten Noten zu demotivieren. Hierzu könnten
393 Schulen mit Sportvereinen aus der Umgebung kooperieren.

394 Viele Menschen investieren auch hier im Saarland einen Großteil ihrer Freizeit,
395 um sich in Vereinen zu engagieren. Viele dieser Vereine sind wichtig und
396 teilweise überlebenswichtig für unser gesellschaftliches Leben und Teilhabe. Das
397 beginnt beim Roten Kreuz und endet bei den Freiwilligen Feuerwehren. Für diese
398 Vereine ist es wichtig, dass wir unnötige Bürokratie abbauen, Gelder
399 bereitstellen, und im Falle von Hilfsorganisationen beispielsweise auch eine
400 solide Finanzierung garantieren. Es ist notwendig, dass die Hilfsorganisationen
401 unterstützt und geschützt werden und dafür die beste Ausrüstung und den Rückhalt
402 aus der Politik bekommen. Wir möchten mit den Hilfsorganisationen gemeinsam
403 einen Plan ausarbeiten, wie wir ihre Arbeit besser und effizienter unterstützen
404 können.

405 Corona und Gesundheit

406 Die letzten beiden Jahre in der aktiven Pandemie haben einige Lücken und Fehler
407 im Gesundheitssystem offengelegt. Der seit Jahren herrschende Fachkräftemangel
408 hat sich hier am meisten bemerkbar gemacht. Nur mit wenigen Mitteln wurde bisher
409 seitens der Regierung versucht, den Pflegeberuf für junge Menschen attraktiver
410 zu machen. Mit der Einführung der Generalistik wurde ein europaweit anerkannter
411 Abschluss in den drei Disziplinen der Pflege geschaffen, jedoch haben sich damit
412 nicht die Ausbildungsbedingungen verbessert. Mit hohem Arbeitspensum und
413 körperlicher Belastung, bei gleichbleibend geringen Löhnen zieht es kaum junge
414 Menschen in die Pflege. Deswegen müssen mindestens landesweit bessere Tarife und
415 Ausbildungsvergütungen explizit für Care-Berufe ausgehandelt werden, das reine
416 Ermahnen der verantwortlichen Träger reicht bei weitem nicht aus. Darüber hinaus
417 genügt es nicht in Zeiten des Notstandes Personalgrenzen hochzusetzen oder
418 Arbeitszeiten zu verlängern. Rechte der Arbeitnehmenden müssen mehr geachtet
419 werden.

420 Der Umgang mit Covid19 an Schulen im Saarland war bisher größtenteils wenig
421 nachvollziehbar oder durchzogen von plötzlichen undurchdachten Entscheidungen.
422 Lehrpersonen, Schulleitungen und Schüler:innen müssen sich auf Politik und
423 Regeln einstellen können, um Sicherheit, Effizienz und Kongruenz sichern zu
424 können. Zu kurzfristige Planung gilt es zu vermeiden, stattdessen müssen
425 langfristige Maßnahmen, die sich bisher als wirksam herausgestellt haben als
426 nachvollziehbarer Handlungsplan festgehalten werden. Ebenso muss das hohe
427 Infektionsrisiko an Schulen anerkannt werden und entsprechende Maßnahmen zum
428 Schutz Schüler:innen sowie Lehrpersonen bedacht werden. Insgesamt wollen wir
429 einen einheitlichen, verständlichen sowie verbindlichen Plan, der in dieser
430 Krisenzeit Stabilität bieten kann. Auch die Kommunikation von Maßnahmen im
431 Bildungsbereich ist ungenügend. Dienstanweisungen per Facebook und Co. werden
432 weder den Beteiligten noch dem Virus gerecht.

433 Verkehr

434 Fakten wie "von 970 von 1000 Einwohnern im Saarland haben einen PKW" stellen die
435 verkehrspolitische Realität kurz und knapp dar. Ein Führerschein bzw. ein Auto
436 bedeutet nicht nur ein immens hoher finanzieller Aufwand für junge Menschen. Für

437 minderjährige fällt diese Möglichkeit weg. Der Öffentliche Personennahverkehr
438 (ÖPNV) muss für alle zugänglich, sicher und flexibel sein. Deshalb fordern wir,
439 dass die Taktungen, insbesondere im ländlichen Raum, besser werden, sodass man
440 in unter 2 Stunden jeden Ort im Saarland sicher und flexibel erreichen kann.
441 Hohe Taktung, neue Strecken, mehr Umstiegsmöglichkeiten in alle Richtungen. Die
442 Priorität liegt darin eine Alternative zum Auto darzustellen.
443 Bezahlbare Tickets - mit dem Einstieg in ein 365€ Modell bis hin zu einem
444 kostenlosen ÖPNV wie in Luxemburg sollten die Zielsetzungen im ÖPNV für die
445 nächsten Jahrzehnte werden. Wir wollen so den Fokus auf Neukundengewinnung
446 legen. Dieser Aspekt wurde in der jüngsten SaarVV-Tarifreform schlicht
447 vergessen. Eine Wasserstoff-Busstrategie soll Planung von Wasserstoffdepots,
448 Linienbetrieb und Umsetzung landesweit sicherstellen. Eine Transformation zu
449 sauberen Antriebstechnologien im Beförderungssektor ist unerlässlich und muss
450 zur saarlandweiten Anwendun erprobt werden. Wir wollen eine Fahrradinitiative
451 Saar, die für den dringenden Radwegeausbau im Land sorgt. Wir fordern von Autos
452 getrennt befahrene biking lanes und Fahrradstraßen mit denen der Beginn des
453 Fahrradverkehrsnetzes 2029 und die Vernetzung des Saarlandes
454 gemeindeübergreifend und landesweit gestaltet werden kann. Sharingsysteme wie
455 Leihfahrradsysteme, Lastenräder sind zentrales Element der Mobilitätswende.
456 Diese sind allen Gesellschaftsschichten finanziell zugänglich. Ein Tempolimit
457 auf allen Autobahnen von 130 km/h sehen wir als notwendiges und einfaches Mittel
458 CO2 Emissionen zu reduzieren und die Verkehrssicherheit langfristig zu erhöhen.
459 Für uns ist eine volkswirtschaftliche Betrachtung der verkehrspolitischen
460 Disziplin maßgeblich zur Erarbeitung eines Verkehrskonzeptes. So stellt die
461 Finanzierung von Straßenbauarbeiten und Investitionen in neue Straßen
462 Milliardenkosten dar. Das steht für eine Autopolitik der 50er und 60er Jahre,
463 die wir ablehnen.

464 Dabei transportiert der öffentliche Personennahverkehr mehr Personen für
465 deutlich weniger Kosten. Auch gehört es zum Realismus des 21. Jahrhunderts, dass
466 Individualverkehr wie bisher nicht weiter möglich ist.

467 Digitalisierung

468 Die Corona-Krise zeigt einmal mehr auf, wie wichtig und wie vernachlässigt die
469 Digitalisierung im Saarland ist. Großes Negativbeispiel ist hier der quasi über
470 Nacht organisierte Distanzunterricht zu Beginn der Pandemie, der vor allem durch
471 dürftige Organisation und mangelnde Unterstützung für Lehrer:innen
472 gekennzeichnet war.

473 Digitales Arbeiten, und das ist schon seit langem klar, gehört zu den
474 wichtigsten Fähigkeiten des 21. Jahrhunderts, deswegen sollten wichtige digitale
475 Kompetenzen auch in den saarländischen Lehrplänen verankert werden.

476 Auch der Kontakt mit den saarländischen Ämtern vor Ort sollte im Rahmen der
477 Pandemie und darüber hinaus auf ein Minimum reduziert werden. Deswegen fordern
478 wir die Digitalisierung der Ämter im Saarland, um einen einfachen und
479 niedrigschwelligen Kontakt mit diesen zu ermöglichen. So sollen langfristig alle
480 Behördengänge einheitlich von zu Hause aus möglich sein. Langfristig spart das
481 auch Kosten.

482 Die digitale Infrastruktur des Landes kann nicht weiter warten: Nach knapp 20-
483 jährigen schleichendem Ausbau muss das Land nun Mut fassen. Die Angebote, die
484 später auf dieser Infrastruktur basieren, z. B. autonome Shuttlebusssysteme,
485 können nur durch Investitionen und Strategien aufgebaut werden.

486 Zudem soll die transparente Darlegung der Ratsaktivitäten der Kommunen nicht nur
487 in analoger Form, sondern auch digital erfolgen. Die barrierefreie Gestaltung
488 der kommunalen Websites dient der Inklusion, deshalb wollen wir, dass die
489 Landesregierung Leitfäden zur Erstellung und Überarbeitung barrierefreier
490 Websites für kommunale Angelegenheiten erstellt und veröffentlicht.

491 Um außerdem dem negativen Folgen des Strukturwandels - wie dem Aussterben von
492 Innenstädten bzw. Ortskernen entgegenzuwirken, diese wieder zu beleben, zu
493 erhalten und attraktiver zu gestalten, fordern wir die Etablierung eines
494 saarländischen Online-Marktplatzes, der dem saarländischen Einzelhandel die
495 Möglichkeit bietet, online seine Ware zu vermarkten und zu verkaufen, fernab von
496 digitalem Konkurrenzdruck zu Online-Handels-Giganten. Dieser digitale Marktplatz
497 sichert nicht nur den Erhalt des saarländischen Einzelhandels, er bietet zudem
498 Vernetzungsmöglichkeiten innerhalb des Landes und wirkt dem Verfall von analogen
499 Angeboten entgegen.

500 Ausblick